

Konjunkturumfrage Frühjahr 2026

Zwischen Auftragslücke und Preisschock: Bauunternehmen bleiben unter Druck

Der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) und seine Mitgliedsverbände haben im Zeitraum März/April 2026 die Frühjahrskonjunkturumfrage durchgeführt. Aus den Reihen des Baugewerbe-Verbandes Niedersachsen (BVN) beteiligten sich 288 Unternehmen an der Umfrage und ermöglichen darüber eine solide Datengrundlage. Für die Teilnahme sowie die ergänzenden Rückmeldungen aus der betrieblichen Praxis bedanken wir uns herzlich.

Die Ergebnisse zeigen ein ambivalentes Bild: Gegenüber der Herbstumfrage 2025 (373! Rückmeldungen) gibt es einzelne stabilisierende Signale, insbesondere bei den Auftragsbeständen. Von einer echten Trendwende kann jedoch weiterhin keine Rede sein. Die Geschäftslage bleibt angespannt, der Blick auf die kommenden Monate fällt vorsichtiger aus als noch im Herbst, und der Kostendruck hat sich massiv verschärft. Gerade letzterer Befund ist vor dem Erhebungszeitraum März/April 2026 einzuordnen: Die Rückmeldungen fielen in eine Phase erheblicher geopolitischer Verunsicherung im mittleren Osten und damit verbundener Sorgen vor weiteren Energiepreisimpulsen. Diese Unsicherheit spiegelt sich besonders deutlich in den Erwartungen zu Einkaufspreisen und Verkaufspreisen wider.

Teilnehmerstruktur

Die Teilnehmerstruktur bestätigt erneut den mittelständischen Charakter des niedersächsischen Baugewerbes. Gut zwei Drittel der rückmeldenden Betriebe beschäftigen bis zu 19 Mitarbeiter. Größte Einzelgruppe sind Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten (27 Prozent), gefolgt von Betrieben mit fünf bis neun (26 Prozent) sowie zehn bis 19 Beschäftigten (24 Prozent).

Mit Blick auf die Tätigkeitsschwerpunkte dominiert weiterhin der Hochbau. Rund 68 Prozent der teilnehmenden Unternehmen ordnen sich diesem Bereich zu. Der Ausbau kommt auf knapp 15 Prozent, der Tiefbau auf gut zehn Prozent. Beim Umsatzschwerpunkt zeigt sich zugleich eine fortgesetzte Verschiebung weg vom reinen Neubau: Nur noch rund 29 Prozent der Betriebe erzielen ihre Umsätze überwiegend im Neubau (Frühjahr/Herbst 2025: jeweils 34 Prozent). Knapp 36 Prozent arbeiten überwiegend im Bestand beziehungsweise in der Modernisierung, gut 35 Prozent zu etwa gleichen Teilen im Neubau und im Bestand.

Geschäftslage

Die Einschätzung der gegenwärtigen Geschäftslage hat sich gegenüber der Herbstumfrage leicht eingetrübt. Im Frühjahr 2026 beurteilen knapp 18 Prozent der Unternehmen ihre aktuelle Lage als gut. Im Herbst 2025 lag dieser Wert noch bei rund 20 Prozent. Der Anteil der Betriebe mit schlechter Lagebewertung stieg minimal von 40 auf rund 41 Prozent.

Besonders schwierig bleibt die Situation im öffentlichen Hochbau. Dort bewerten rund 54 Prozent der Betriebe ihre Geschäftslage als schlecht. Auch im Wirtschaftsbau liegt der Anteil negativer Einschätzungen mit rund 42 Prozent weiterhin hoch. Erwartungsgemäß etwas robuster zeigt sich der sonstige Tiefbau, wo knapp 27 Prozent ihre Lage als gut bewerten. Auch der Ausbau bleibt vergleichsweise stabil, wenngleich auch hier rund 30

Prozent der Betriebe eine schlechte Lage melden und damit pessimistischer als noch im Herbst antworteten.

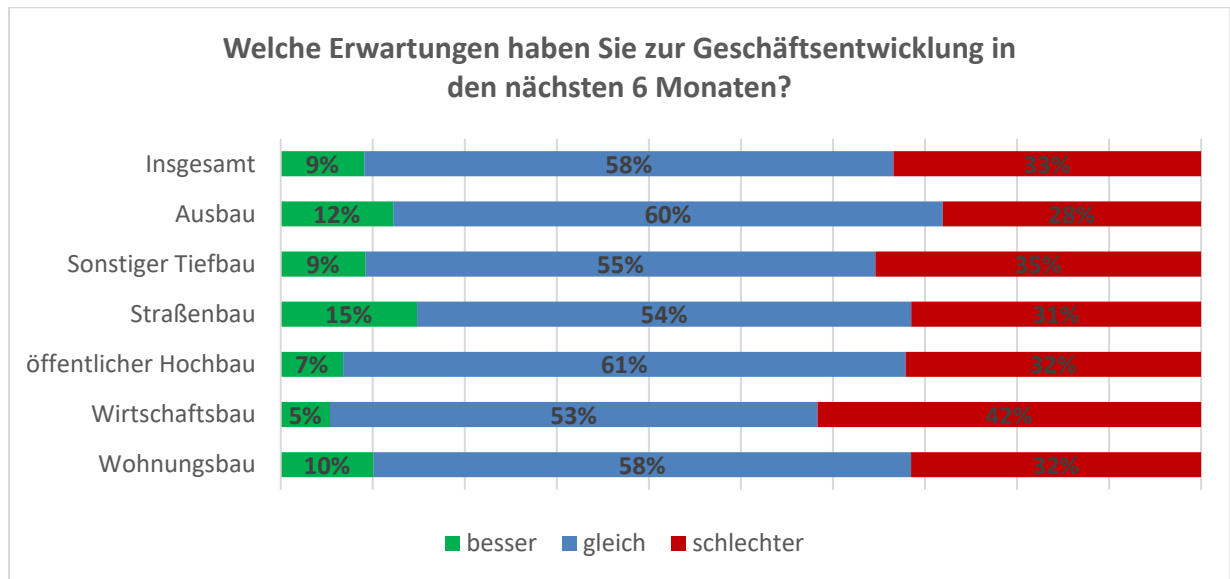


Abbildung 1:

Der Blick nach vorn fällt vorsichtiger aus als noch im Herbst. Zwar rechnen rund neun Prozent der Betriebe mit einer Verbesserung der Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten (Herbst 2025: 8 Prozent). Gleichzeitig erwarten aber gut 33 Prozent eine Verschlechterung. In der Herbstumfrage lag dieser Wert noch bei knapp 29 Prozent. Besonders skeptisch zeigt sich der Wirtschaftsbau: Hier gehen knapp 42 Prozent der Betriebe von einer schlechteren Entwicklung aus. Auch im sonstigen Tiefbau liegt der Anteil pessimistischer Erwartungen bei gut 35 Prozent.

Auftragslage

Bei der Auftragslage zeigt sich gegenüber dem Herbst ein leicht stabilisierendes Signal, allerdings auf weiterhin unbefriedigendem Niveau. Insgesamt bewerten rund 47 Prozent der Unternehmen ihre Auftragsbestände als zu klein. Im Herbst 2025 waren es noch gut 50 Prozent. Der Anteil guter Auftragsbestände liegt aktuell bei rund 18 Prozent und damit nur geringfügig über dem Herbstwert (17 Prozent).

Die „Entspannung“ ist jedoch nicht gleichmäßig verteilt. Im Wohnungsbau ist der Anteil „zu kleiner“ Auftragsbestände von rund 53 Prozent im Herbst auf gut 41 Prozent zurückgegangen. Das ist ein positives Signal, darf aber nicht überbewertet werden, da die Umsatz- und Erwartungswerte weiterhin zurückhaltend bleiben. Im öffentlichen Hochbau hingegen zeigt sich keinerlei spürbare Verbesserung: Wie bereits im Herbst bewerten rund 61 Prozent der Betriebe ihre Auftragsbestände als zu klein. Auch im Wirtschaftsbau bleibt die Lage mit rund 57 Prozent zu kleinen Auftragsbeständen kritisch (Herbst 2025: 55 Prozent).

Die Auftragsreichweiten unterstreichen dieses Bild. In mehreren Sparten verfügen viele Betriebe nur über kurze Vorläufe. Besonders im öffentlichen Hochbau und im Wirtschaftsbau bleiben längere Auftragspolster die Ausnahme. Damit fehlt vielen Unternehmen weiterhin die Planungssicherheit, die für Investitionen, Personalentscheidungen und Ausbildung erforderlich wäre.

Umsatz, Personal und Ausbildung

Die Umsatzerwartungen für 2026 bleiben verhalten. Im Wohnungsbau rechnen zwar knapp 23 Prozent der Betriebe mit deutlich oder etwas höheren Umsätzen. Gleichzeitig erwarten aber gut 43 Prozent geringere oder deutlich geringere Umsätze. Im öffentlichen Hochbau liegt der Anteil rückläufiger Umsatzerwartungen bei knapp 51 Prozent, im Wirtschaftsbau bei gut 50 Prozent. Damit bestätigen die Umsatzperspektiven die weiterhin angespannte Grundstimmung in den auftrags- und genehmigungsabhängigen Segmenten.

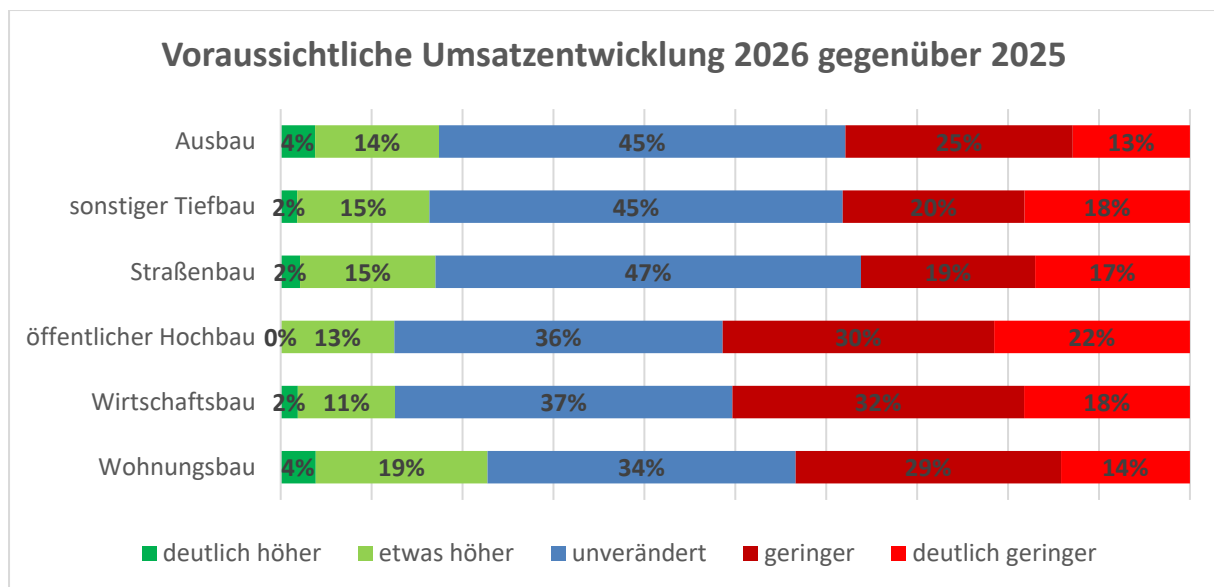


Abbildung 2:

Erfreulicher fällt der Blick auf die Beschäftigung aus. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen wollen knapp 19 Prozent der Betriebe ihre Beschäftigtenzahl erhöhen, rund 69 Prozent wollen sie halten. Nur knapp zwölf Prozent planen eine Verringerung. Gegenüber der Herbstumfrage bleibt die Personalplanung damit weitgehend stabil. Das zeigt: Die Unternehmen versuchen trotz diverser Unsicherheiten, ihre Belegschaften zu sichern und Fachkräfte im Betrieb zu halten.

Bei den Lehrlingen ist das Bild etwas gemischter. Gut 22 Prozent der Betriebe wollen die Zahl ihrer Auszubildenden im Vergleich zum Vorjahr erhöhen, knapp 58 Prozent wollen sie halten. 20 Prozent planen eine Verringerung. Im Herbst hatten noch gut 25 Prozent eine Erhöhung und knapp 17 Prozent eine Verringerung angegeben. Zugleich bleibt die Besetzung von Ausbildungsplätzen schwierig: Rund 44 Prozent der Betriebe melden unbesetzte Ausbildungsplätze – nahezu unverändert gegenüber dem Herbst.

Investitionen und Digitalisierung

Die Investitionsbereitschaft bleibt von Unsicherheit geprägt. Bei Maschinen und Baugeräten planen nur gut zehn Prozent der Unternehmen höhere Investitionen. Ein Drittel will die Investitionen senken. Gegenüber der Herbstumfrage hat sich damit insbesondere der Anteil der Betriebe mit rückläufiger Investitionsplanung erhöht.

Etwas positiver fällt der Blick auf die Digitalisierung aus. Knapp 24 Prozent der Betriebe wollen ihre Investitionen in IT-Infrastruktur und digitale Anwendungen erhöhen. Im Herbst lag dieser Wert noch bei rund 17 Prozent. Allerdings planen auch gut 27 Prozent eine Reduzierung. Digitalisierung bleibt damit ein Zukunftsfeld, wird aber ebenfalls durch Auftragsunsicherheit, Kostendruck und begrenzte finanzielle Spielräume beeinflusst.

Einkaufspreise und Verkaufspreise

Der deutlichste Stimmungsumschwung zeigt sich bei den Einkaufspreisen. Während in der Herbstumfrage rund 62 Prozent der Betriebe von gestiegenen Einkaufspreisen in den zurückliegenden drei Monaten berichteten, sind es nun rund 92 Prozent. Noch markanter ist der Blick nach vorn: Knapp 97 Prozent der Unternehmen erwarten in den kommenden Monaten weiter steigende Einkaufspreise. Im Herbst lag dieser Wert bei rund 73 Prozent.

Diese Entwicklung ist vor dem Erhebungszeitraum März/April 2026 besonders relevant. Die Rückmeldungen fallen in eine Phase, in der geopolitische Unsicherheiten im mittleren Osten und die Sorge vor einem erneuten Energiepreisschock die Erwartungen vieler Unternehmen beeinflusst haben dürften. Gerade energieintensive Baustoffe, Transportkosten, Entsorgung und bitumen- beziehungsweise kunststoffbasierte Produkte stehen dabei besonders im Fokus.

Bei einzelnen Produktgruppen werden die Preisniveaus überwiegend als hoch oder sehr hoch bewertet. Besonders auffällig sind Bitumen, Kunststoffe, Stahlprodukte, Baumaschinen und Geräte sowie die Entsorgungskosten. Die Entsorgung von Bauschutt wird von rund 78 Prozent der Rückmeldenden als hoch oder sehr hoch bewertet, die Entsorgung von Böden von rund 68 Prozent. Bei Bitumen liegt der Anteil hoher oder sehr hoher Preisbewertungen bei rund 77 Prozent, bei Kunststoffen sogar bei gut 81 Prozent.

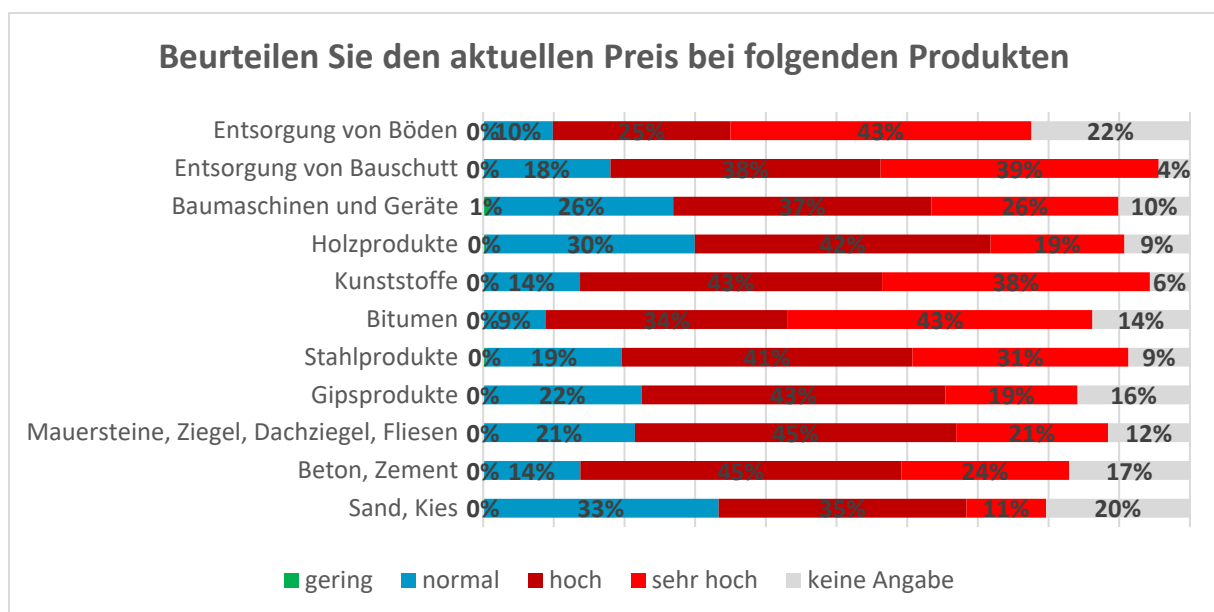


Abbildung 3:

Die Verkaufspreise folgen dieser Entwicklung, allerdings nicht vollständig. In den vergangenen drei Monaten haben rund 51 Prozent der Betriebe ihre Verkaufspreise leicht oder deutlich erhöht. Im Herbst lag der Anteil erhöhter Verkaufspreise noch bei rund 26 Prozent. Für die kommenden Monate planen rund 61 Prozent (Verkaufs-) Preissteigerungen. Gleichzeitig zeigt der weiterhin relevante Anteil gehaltener oder gesenkter Verkaufspreise, dass steigende Kosten nicht überall vollständig an den Markt weitergegeben werden können.

Baubehinderungen

Bei den Baubehinderungen steht der Arbeitskräftemangel weiterhin an erster Stelle. Rund 55 Prozent der Unternehmen nennen fehlende Fach- und Hilfskräfte als Hemmnis. Verzögerungen bei Genehmigungsverfahren folgen mit knapp 46 Prozent, fehlende Aufträge mit gut 41 Prozent.

Gegenüber der Herbstumfrage fällt besonders der Sprung bei Material- und Preisproblemen auf. Lieferprobleme beziehungsweise Materialpreissteigerungen werden aktuell von rund 37 Prozent der Betriebe genannt. Im Herbst waren es nur knapp acht Prozent. Damit rückt der Preis- und Beschaffungsdruck wieder deutlich stärker in den betrieblichen Alltag zurück.

Auffällig ist zugleich, dass fehlende Aufträge zwar weiterhin ein zentrales Problem bleiben, aber gegenüber dem Herbst an Gewicht verloren haben. Im Herbst nannten rund 48 Prozent diesen Punkt, aktuell gut 41 Prozent. Die größte Verschiebung liegt damit nicht bei der Nachfrage allein, sondern im Zusammenspiel aus Personalengpässen, Genehmigungsverzögerungen und massiv gestiegenem Kostendruck.

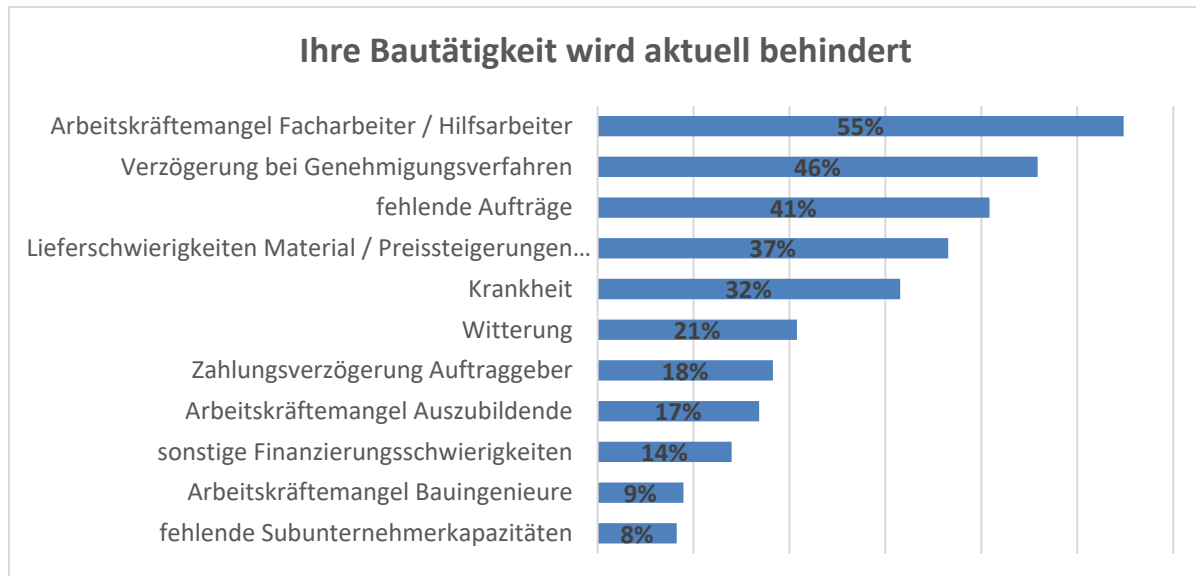


Abbildung 4:

Kurzarbeit, Kündigungen und politische Impulse

Die Rückmeldungen zu Kurzarbeit und Kündigungen fallen etwas weniger kritisch aus als die allgemeine Lage vermuten lässt. Rund 15 Prozent der Betriebe haben aufgrund ihrer Auftragslage bereits Kurzarbeitergeld beantragt. Im Herbst hatten rund 21 Prozent angegeben, im Jahr 2025 konjunkturelles Kurzarbeitergeld genutzt zu haben. Für 2026 rechnen knapp 17 Prozent mit einer Beantragung. Im Herbst lag dieser Erwartungswert noch bei rund 21 Prozent.

Betriebsbedingte Kündigungen wurden bislang von rund sieben Prozent der Betriebe ausgesprochen. Mit Blick nach vorn rechnen knapp zehn Prozent damit, aufgrund der Auftragslage Kündigungen aussprechen zu müssen. Mehr als die Hälfte verneint dies, gut ein Drittel kann die Entwicklung noch nicht absehen. Auch hier zeigt sich: Die Betriebe halten trotz schwieriger Rahmenbedingungen möglichst lange an ihren Belegschaften fest.

Die Erwartungen an politische Impulse bleiben zurückhaltend. Den sogenannten Bau-Turbo erleben bislang nur gut ein Prozent der Betriebe in erheblichem Umfang und knapp 27 Prozent in geringem Umfang. Mehr als die Hälfte nimmt diesbezüglich keinerlei Effekte wahr. Noch deutlicher fällt die Einschätzung zum Sondervermögen des Bundes aus: Nur rund sechs Prozent der Unternehmen spüren bereits eine Zunahme öffentlicher Auftragsvergaben. Rund 81 Prozent verneinen dies. Damit kommen die politischen Maßnahmen aus Sicht der Betriebe bisher kaum in der betrieblichen Realität an.

Fazit

Die Frühjahrskonjunkturumfrage 2026 zeigt ein Baugewerbe, das sich weiterhin in schwierigem Fahrwasser bewegt. Gegenüber der Herbstumfrage gibt es einzelne stabilisierende Signale, insbesondere bei den Auftragsbeständen im Wohnungsbau und bei der etwas geringeren Erwartung von Kurzarbeit. Gleichzeitig hat sich der Blick auf die kommenden Monate insgesamt eingetrübt. Die Geschäftserwartungen sind pessimistischer, die Investitionsbereitschaft bleibt begrenzt, und der Kostendruck hat sich erheblich verschärft.

Besonders prägend ist der Preisimpuls im Erhebungszeitraum März/April 2026. Die Kombination aus geopolitischer Unsicherheit, Energiepreisisiken, hohen Entsorgungskosten und weiter steigenden Einkaufspreisen trifft auf eine Branche, deren Auftragslage vielerorts noch nicht ausreichend stabil ist. Das erhöht den Druck auf Kalkulationen, Liquidität und Investitionsentscheidungen.

Noch zeigt das Bauhandwerk Widerstandskraft: Beschäftigung soll überwiegend gehalten werden, Ausbildung bleibt trotz Besetzungsproblemen ein relevantes Thema, und die Digitalisierung wird von einem Teil der Unternehmen weiter vorangetrieben. Für eine echte konjunkturelle Belebung braucht es jedoch mehr als Stabilisierungsanzeichen. Erforderlich sind schnellere Genehmigungen, verlässliche öffentliche Auftragsvergaben, wirksame Impulse für den Wohnungsbau und Rahmenbedingungen, die steigende Kosten nicht dauerhaft zu einem Investitions- und Beschäftigungsrisiko werden lassen. Die Umfrage liefert dafür wichtige Hinweise aus der betrieblichen Praxis: Sie zeigt, wo die Belastungen besonders groß sind, wo angekündigte Maßnahmen bislang kaum spürbar werden und wo nachgesteuert werden muss, damit aus politischen Impulsen auch tatsächliche Entlastung in den Betrieben entsteht.